

Zuwanderer in der Stadt

Was können Unternehmen und Kommunen für die Integration tun?

Wie gelingt die Integration von Zuwanderern? Sind Stadtteile mit hohem Ausländeranteil ein Hindernis oder fördern sie vielleicht sogar das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen? Was können Wohnungsunternehmen und Kommunen tun, um zur sozialen und räumlichen Integration von Migranten beizutragen? Was sollten sie lieber vermeiden? Diesen in Politik und Praxis drängenden Fragen stellt sich das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“, das die Darmstädter Schader-Stiftung, der GdW, der Deutsche Städtetag (DST), das Deutsche Institut für Urbanistik (difu) und InWIS in einem Verbund durchführen. Gefördert wird das zweieinhalb Jahre laufende Vorhaben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Dr. Kirsten Krüger-Conrad von der Projektgeschäftsstelle „Zuwanderer in der Stadt“ bei der Schader-Stiftung gibt einen ersten Überblick.

Quer durch alle politischen Parteien sowie die Öffentlichkeit der Bundesrepublik vollzieht sich derzeit ein Paradigmenwechsel: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Was sich de facto bereits seit einigen Jahrzehnten abzeichnete, wird nun als Tatsache anerkannt und findet im politischen Handeln seinen konkreten Niederschlag.

Die Bevölkerungsstruktur in Deutschland ändert sich

Die Zahl der Zuwanderer in Deutschland wird nicht nur in absoluten Zahlen steigen, auch der Anteil zugewanderter Personen an der Bevölkerung insgesamt wächst. Dies ist eine Folge des Rückgangs der einheimischen Bevölkerung in Deutschland, insbesondere derjenigen im erwerbsfähigen Alter, der

vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die Geburtenquote der Einwohner mit deutscher Staatsbürgerschaft keine Reproduktion der Bevölkerungszahl gewährleistet. Auf längere Sicht verlangt dies auch eine Zuwanderung von Arbeitskräften und Beitragszahlern in den deutschen Arbeitsmarkt und damit verbunden in die sozialen Sicherungssysteme.

Vor allem unter dem Aspekt einer zukünftig stark arbeitsmarktgesteuerten Zuwanderung werden sich für die räumliche Verteilung sowohl der bereits länger hier lebenden als auch der neu hinzukommenden Zuwanderer in Deutschland sehr unterschiedliche regionale Verteilungsmuster ergeben. Bisher bestehende Verteilungstendenzen werden künftig voraussichtlich verstärkt werden:

- In den alten Bundesländern leben deutlich mehr Zuwanderer als in den neuen Ländern.
- Der Bevölkerungsanteil von Zuwanderern ist in den Stadtstaaten bzw. in den Stadt- und Ballungsregionen der Flächenstaaten deutlich höher als im ländlichen Raum; fast die Hälfte aller Einwohner Deutschlands mit ausländischer Staatsangehörigkeit lebt in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern, während dies nur bei 29 Prozent der Einwohner mit deutscher Staatsangehörigkeit der Fall ist.

Damit wird deutlich, dass Zuwanderung und die damit verbundenen notwendigen Integrationsprozesse auch in Zukunft primär eine Her-

ausforderung für die großstädtischen Kommunen der alten Bundesländer sind.

Jüngste Befunde zum Bildungssystem, wie sie die PISA-Studie¹ liefert, sowie die unter dem Titel „Überforderte Nachbarschaften“ erschiene sozialwissenschaftlichen Studien über Wohnquartiere in den alten und neuen Bundesländern², aber auch der Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ sowie die von ihr in Auftrag gegebenen Gutachten³ und nicht zuletzt die immer noch andauernde Diskussion um ein „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung“ haben überdeutlich gezeigt, dass bei der Integration von Zuwanderern in Deutschland erhebliche Defizite bestehen, die perspektivisch soziale und ethnische Polarisierungen in der deutschen Gesellschaft hervorrufen bzw. verstärken können und damit den sozialen Frieden des Landes, unter ökonomischen Gesichtspunkten auch die Leistungsfähigkeit des Standortes Deutschland, gefährden.

Die Bedeutung des Wohnens bei der Integration wächst

Die Integration von Zuwanderern – sowohl der bereits hier lebenden als auch der neu hinzukommenden – vollzieht sich in physischen wie sozialen Räumen. Wohnung und Wohnumfeld bilden einerseits einen sozialräumlichen Hintergrund für unterschiedliche Integrationsprozesse wie Spracherwerb, Bildung, Ausbildung und Beruf, Sozi-

alkontakte oder Teilhabe am kommunalen und städtischen Leben. Zum anderen sind Wohnung und Wohnumfeld selbst Integrationsfaktoren von erheblichem Gewicht, indem sie Aktionsräume definieren und Entfaltungsmöglichkeiten eröffnen oder begrenzen.

Die Bedeutung des Integrationsraums Wohnung und Wohnumfeld wächst umso mehr, als die bisherige „Integrationsmaschine Arbeitsmarkt“ immer weniger zuverlässig funktioniert und die Bildungswege von Migranten zweiter oder dritter Generation sich denen gleichaltriger Deutscher nicht mehr annähern, sondern deutlich schlechter verlaufen.⁴ „Wenn aber Schule und Beruf zumindest für eine relevante Minderheit der Migranten versagen oder nicht zur Verfügung stehen, bleiben als Integrationsorte nur noch Wohnung, Wohnumgebung und soziale Infrastruktur, also die Stadt“, so die Schlussfolgerung Siebels.⁵

Dieser grundlegende Faktor der sozialräumlichen Integration von Zuwanderern findet im derzeit immer noch verhandelten so genannten Zuwanderungsgesetz wie auch in der öffentlichen Diskussion (noch) keine hinreichende Berücksichtigung.

Zuwanderung – Kommunen – Wohnungswirtschaft

Derzeit besitzen 7,3 Mio. Einwohner in Deutschland keine deutsche Staatsbürgerschaft; das entspricht neun Prozent Anteil an der Bevölkerung. In diesen Zahlen nicht ent-

INFO

Laufende Informationen zum Projekt

Unter www.zuwanderer-in-der-stadt.de informieren die Verbundpartner über das Projekt. Die Projektgeschäftsstelle unter der Projektleitung von C. Kulenkampf ist bei der Schader-Stiftung angesiedelt. Sie ist zu erreichen unter:
Schader-Stiftung
„Zuwanderer in der Stadt“
Karlstraße 85
64285 Darmstadt
Tel.: (061 51) 17 59 - 0
Fax: (061 51) 17 59 - 25
E-Mail: kontakt@schader-stiftung.de

halten sind Aussiedler, deren Zahl in Zukunft allerdings kaum noch steigen wird. Obwohl Prognosen über die Zuwanderung nur sehr schwer anzustellen sind (z. B. mit Blick auf kriegs- und konfliktbedingte, kaum berechenbare Flüchtlingswellen), wird vermutet, dass sich in 30 Jahren etwa ein Fünftel der Bevölkerung Deutschlands aus ausländischen Mitbürgern zusammensetzt,⁵ um 2050 wird fast jeder Vierte nicht der deutschen Mehrheitsbevölkerung angehören.⁷

Wohnorte und Wohnbedingungen von Zuwanderern

Die meisten von ihnen leben in Städten und Ballungsregionen, in Stadtstaaten wie Berlin oder Hamburg, in den Flächenstaaten vornehmlich in größeren Städten, in Hessen z. B. Frankfurt, in Baden-Württemberg z. B. Stuttgart. Zuwanderer leben vor allem in den alten Bundesländern, ihr Bevölkerungsanteil ist in den neuen Ländern mit einem Prozentsatz von 1,7 bis 2,4 in Relation zur jeweiligen Bevölkerungszahl der Bundesländer sehr gering. Dieses West-Ost-Gefälle wird in Zukunft vermutlich weiter bestehen. Fast jeder zweite ausländische Einwohner, nämlich 47 Prozent, lebt heute in einer Großstadt. Auch dieser Faktor des Wohnstandorts wird sich in Zukunft kaum verändern.⁸

Zuwanderer, die häufiger als deutsche Einwohner zu den sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen zählen, treffen in Deutschland auf einen für sie aus verschiedenen Gründen sehr beschränkten Wohnungsmarkt, auf dem außerdem unterdurchschnittliche Wohnstandards zur Verfügung stehen.⁹

- Die Wohneigentumsquote unter Zuwanderern ist deutlich geringer als die unter Deutschen, weist aber in den vergangenen Jahren eine stark steigende Tendenz auf: Mittlerweile 17 Prozent der in Deutschland lebenden ausländischen Staatsbürger sind Immobilieneigentümer, 1995 waren es nur sechs Prozent. Demgegenüber steht allerdings eine Eigentümerquote unter Deutschen von 41 Prozent.
- Ausländer wohnen deutlich beengter: Während die Wohnfläche eines deutschen Haushalts im Schnitt 94 qm beträgt, ist die eines ausländischen Haushalts um 20 qm kleiner.

- Auf dieser Haushaltsfläche leben zudem i. d. R. mehr Personen, da ausländische Haushalte häufig größer sind als deutsche.
- Wohnungen von Zuwanderern sind im Schnitt schlechter ausgestattet, dafür aber vergleichsweise teurer.

Wenn auch für die Versorgungsdefizite mit Wohnraum die Schichtzugehörigkeit bzw. das geringere Haushaltseinkommen ursächlich wichtiger sind als der Migrationshintergrund oder die Nationalität, so sind die Wahlmöglichkeiten von Zuwanderern dennoch stärker eingeschränkt, weil verhältnismäßig mehr Zuwanderer als Deutsche in Großstädten oder Verdichtungsräumen leben, wo Wohnungen ohnehin kleiner und teurer sind als an Standorten außerhalb der Kernstädte und Agglomerationen. In den Stadtregionen treffen Zuwanderer auf periodisch stark angespannte Wohnungsmärkte, innerhalb derer für sie wiederum nur bestimmte Segmente geöffnet sind. So leben Ausländer vor allem:¹⁰

- in innerstädtischen, nicht modernisierten Altbaugebieten,
- in alten Arbeiterquartieren und ehemaligen Wohnungen für Soldaten der Besatzungsmächte,
- an umweltbelasteten Standorten,
- in Sozialwohnungen stark verdichteter Großsiedlungen der 60er- und 70er-Jahre.

„Durchmischung“ versus „Ghettobildung“

Das Baugesetzbuch schreibt u. a. eine Bauleitplanung vor, die bei ihrer Aufstellung die „Wohnbedürfnisse der Bevölkerung bei Vermeidung einseitiger Bevölkerungsstrukturen“ besonders zu berücksichtigen hat (§1 Abs. 5 S. 2 BauGB). Dieser städtebauliche Grundsatz drückt sich auf der Ebene planerischer Operationalisierung und kommunaler Praxis im Leitbild der „sozialen Mischung“ aus, das nicht nur die Vorstellungen vom „richtigen“ Umgang mit Zuwanderung, sondern generell mit der anzustrebenden Zusammensetzung der Bevölkerung auf Quartiers- und Stadtteilebene bestimmt. Mit der Vorstellung, eine verstreut wohnende Migrantenbevölkerung könne sich besser in die Gesellschaft integrieren, aber auch, um einer mutmaßlichen „Ghettobildung“ vorzubeugen, wurden und werden von großen Wohnungsbau-

Aktueller Diskussionsstand in der Stadtforschung

Die Diskussion um eine angemessene wohnungspolitische Praxis wird durch die Forschung von der Auseinandersetzung um das richtige Leitbild für die Integration von Zuwanderern flankiert.¹¹ Der so langwierige wie verhärtete Streit um ein Integrationsleitbild, das sich eher an der Assimilation der Zuwanderer und an deren gleichmäßiger räumlicher Verteilung über ein Stadtgebiet orientiert, versus einem Integrationsleitbild des allgemeinen Multikulturalismus, der ein gleichwertiges Nebeneinander der Kulturen anstrebt und bei dem auch ethnische oder kulturelle Separierungen hingenommen werden, erweist sich für die Stadtentwicklung, wie die Praxis zeigt, als ungeeignet bis kontraproduktiv, da beide Ansätze „auf einem Auge blind“ sind. So strebt das Leitbild der Assimilation eine „geräuschlose“ und konfliktfreie Einordnung der Zuwanderer in die vermeintlich homogene Aufnahmegesellschaft an, während die undifferenzierte Propagierung der Bewahrung ethnisch-kultureller Identität, wie sie der Multikulturalismus verfolgt, eine heterogene Gesellschaft avisiert, die ohne common ground jedoch nicht existieren kann.

Obgleich die genannten Leitbilder zumindest in der fachlichen Diskussion mittlerweile vom Konzept der Interkulturalität abgelöst worden sind, demzufolge Integration über eine wechselseitige, aber nicht gleichgewichtige Beeinflussung, Veränderung und Annäherung stattfindet – die Annäherung ist primär von den Zuwanderern zu leisten, die Aufnahmegesellschaft übernimmt aber auch spezifische Elemente der Minderheitenkultur –, dominieren nach wie vor die alten Leitbilder die öffentliche Diskussion, in der „viel zu oft zwar starke Überzeugungen, aber nicht starke Argumente vorgetragen werden“.¹³

Die stadtsoziologische Forschung kennt drei räumliche Modelle der Stadt bzw. des urbanen Lebens, die für den Umgang mit Zuwanderung deutlich differierende Konsequenzen fordern:

- Mosaik-Stadt: Typus der Einwanderer-Stadt, in der soziale Distanzen und ethnische Identitäten in räumliche Distanzen umgesetzt werden;
- moderne Stadt bzw. Europäische Stadt: auf weitgehender sozialer Homogenität ihrer Bewohner beruhend; Fremdheit ist insofern gleichgültig, als sie in sozialen Beziehungen ignoriert werden kann; sozialräumliche Mischung ist auf eben dieser Basis denkbar;
- großräumig segregierte Stadt: urbane Innenstadt, suburbanes Umland, Segregation nach Einkommen und Stellung im Lebenszyklus.

gesellschaften oder Wohnungsämtern Quotierungen eingeführt, Zugangssperren erlassen und Strategien zur Verteilung der Migranten über das Stadtgebiet entwickelt. Dies hat u. a. zur Folge, dass sich durch diese Steuerungsversuche eine Gatekeeper-Wirkung entfaltet, die den zugänglichen Wohnungsmarkt für Zuwanderer weiter einschränkt.

Bei einem rückläufigen Angebot im unteren Wohnungsmarktsegment in westdeutschen Ballungsregionen, bei auslaufenden Belegungsbindungen, aber gleichzeitig steigender Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum, insbesondere von „Modernisierungsverlierern“ des gesellschaftlichen Strukturwandels, hat diese wohnungspolitische Praxis zur Folge, dass Zuwanderer in spezifische Quartiere gefiltert werden, in denen sie Deutschen benachbart sind, die selbst von sozialem Abstieg betroffen oder deren

berufliche Existenz und Wohnsituation zumindest prekär sind. Das Aufeinandertreffen sozial und ökonomisch marginalisierter Gruppen, die sich ethnisch-kulturell unterscheiden, forciert das Entstehen von Konflikten bzw. verstärkt bestehende Konfliktsituationen, in denen Auseinandersetzungen um knappe Ressourcen wie bezahlbaren Wohnraum, Grünflächen o. Ä., aber auch Rangordnungskonflikte zwischen deutschen Bewohnern und Zuwanderern aufbrechen. Diese Konstellation fördert nicht zuletzt auch die Entstehung „überforderter Nachbarschaften“, in deren Konfliktgemenge die Ethnisierung ursprünglich sozialer und ökonomischer Probleme eine gelingende Integration von Zuwanderern am wenigsten wahrscheinlich macht.

Auf der anderen Seite resultiert auch die Entstehung von so genannten Ausländervierteln, die u. U. zur Ghettoisierung ihrer Bewoh-

ner führt und die Herausbildung von Parallelgesellschaften begünstigt," aus der eingeschränkten Wohnungsauswahl unter Zuwanderern sowie aus den Konsequenzen des Gatekeeping seitens Wohnungspolitik, -verwaltung und -wirtschaft. Hohe Zuwandererkonzentrationen in einem Gebiet sind allein noch kein Indikator für vermeintliche Ghettobildung, aber wenn aufgrund von außen versagter oder von innen nicht erwünschter sozialer Mobilität das so genannte Ausländerviertel, auch aus individueller Sicht v. a. der zweiten und dritten Generation kein Übergangsraum bleibt, sondern sich zur einzig möglichen dauerhaften Wohn- und Lebensform für Zuwanderer entwickelt, dann deutet dies auf gesellschaftliche Ausgrenzungsprozesse hin, die mit den Zielen eines sozialen und offenen Gemeinwesens nicht zu vereinbaren sind. Die sozialräumliche Integration von Zuwanderern wird in der wohnungspolitischen Praxis nahezu ausschließlich zwischen diesen beiden Polen der „Durchmischung“ einerseits und der „Ghettobildung“ andererseits diskutiert. Kaum eine Maßnahme, ein Projekt, das – auch unabhängig von seiner tatsächlichen Intention – in der Diskussion nicht dem einen oder anderen Lager zugeschlagen und entsprechend der Einschätzung gemischter Quartiere oder ethnischer Kolonien positiv oder negativ bewertet würde. Die Ergebnisse dieser wohnungspolitischen Praxis, die sich an der faktischen Wohnsituation der Zuwanderer in Deutschland, wie oben dargestellt, ablesen lassen, sind allerdings mehr als ernüchternd; weisen sie doch darauf hin, dass polarisierte Prinzipien dem Integrationsgedanken wenig förder-

lich und für die Zukunft absolut nicht hinreichend sind.

Von der Europäischen Stadt zur Einwandererstadt

Häußermann und Siebel kommen in ihrem Gutachten für die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ zu dem Schluss, dass die Zukunft der Städte in Deutschland, wo über Jahrzehnte hinweg das Idealbild der Europäischen Stadt verfolgt und in vielen Bereichen auch umgesetzt wurde, aufgrund des gesellschaftlichen Strukturwandels¹⁴ eher im Typus der Mosaik-Stadt zu finden sein wird. Sie folgern daraus eine Unterstützung ethnischer Kolonien als „(...) notwendige Durchgangsstationen im Prozess der Integration. (Denn) sie dienen als erste Anlaufstation, als Stützpunkt und als Schutz vor Konflikten durch räumliche Distanz. Diese Quartiere bleiben so lange bestehen, wie es Zuwanderung gibt, da sich ihre Funktion mit jeder neuen Zuwanderungswelle erneuert. In der Einwandererstadt müssen sie toleriert werden. Statt sie abschaffen zu wollen, ginge es vor allem darum, ihre Funktionsfähigkeit als ‚Schleuse‘ in die Gesellschaft der Einheimischen zu sichern.“¹⁵ Eine wichtige Aufgabe der Stadtpolitik sei es demnach, rechtzeitig Prozesse der Ausgrenzung und Isolation zu erkennen und so früh wie möglich zu unterbrechen. Das heißt also, soziale Segregation wegen ihrer negativen Folgen für die Bewohner von benachteiligten Quartieren zu bekämpfen, die ethnische jedoch zuzulassen und den Weg der individuellen Integration von Zuwanderern offen zu halten.

Bei der Sicherung der Schleusenfunktion ethnischer Kolonien weisen nicht nur Häußermann und Sie-

bel der informellen Arbeit wie auch den ethnischen Ökonomien entscheidende Funktionen zu. Besondere Leistungsfähigkeit entfalten diese in eher innerstädtisch gelegenen Gebieten mit gemischer Nutzung.¹⁶ Dass damit folglich stadtplanerische und raumordnerische Entscheidungen zur baulichen Umgestaltung der Städte verbunden sind, ist offensichtlich. Das für die in Vollbeschäftigung stehende Industriegesellschaft noch angemessene Paradigma der städtischen Funktionstrennung gilt es aufzugeben zugunsten von Siedlungsstrukturen, die vielfältige Möglichkeiten der Nutzung und Wertschöpfung bereitstellen und die damit auch neue und intensive Aneignungsformen für ihre Bewohner eröffnen.

„Zuwanderer in der Stadt“ – ein Netzwerk aus Wissenschaft und Praxis

Das Verbundprojekt „Zuwanderer in der Stadt“ von Schader-Stiftung, GdW, DST, difu und InWIS hat seine Arbeit im Januar 2004 aufgenommen. Es strebt an, die im Vergleich zur Praxis in der Forschung weiter vorgeschrittene Diskussion zur sozialräumlichen Integration von Zuwanderern in einem vielfach vernetzten Projekt – zwischen Wissenschaft und Praxis wie auch innerhalb der auf der Praxisebene relevanten Akteure – für die kommunalpolitische und wohnungswirtschaftliche Praxis fruchtbar zu machen. Übergreifende Anforderungen und Zusammenhänge werden konsequent interdisziplinär bearbeitet. Wichtigstes Ziel des Projekts ist es denn auch, für die Akteure in Kommunalpolitik und -verwaltung sowie in der Wohnungswirtschaft neue und differenzierte Ansätze für die sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Deutschland zu entwickeln, umzusetzen und zu erproben.

Vor dem Hintergrund des umfassenden gesellschaftlichen Strukturwandels ist die Bestimmung, Umsetzung und Evaluation konsistenter Maßnahmen und Bedingungen zur sozialräumlichen Integration von Zuwanderern vor allem durch Kommunalpolitik und -verwaltung sowie durch die Wohnungswirtschaft von zentraler praktischer Bedeutung. Diese Aufgabe verknüpft sich untrennbar mit der Herausforderung einer neuen planerischen und baulichen Praxis, die z. B. Leit-

bilder der Funktionstrennung in Städten revidiert, die demographische Veränderungen im Altersaufbau und in den Haushaltsformen nicht nur zur Kenntnis nimmt, sondern auch baulich darauf reagiert, die die Umsetzung sozialer Distanzen und kultureller oder ethnischer Identitäten in räumliche Distanzen akzeptiert, ohne Disparitäten dauerhaft räumlich festzuschreiben. Eine neue unternehmerische Praxis, die sozialkulturelle Differenzierungen der Angebote für Zuwanderer in den Blick nimmt, kann solche Maßnahmen sinnvoll flankieren. In jüngster Zeit mehren sich Veranstaltungen zum Thema der sozialräumlichen Integration von Zuwanderern bei Verbänden der Wohnungswirtschaft, in der Planerzunft oder auf der kommunalen Planungs- und Verwaltungsebene. Die Gleichzeitigkeit dieser Ansätze macht deutlich, dass die Aufgabe der sozialräumlichen Integration von Zuwanderern nicht im Alleingang von einer der betroffenen Ebenen erreicht (und finanziell getragen),¹⁷ sondern nur durch gebündelte Anstrengungen ausgeführt werden kann.

Zentrale Projektsäulen: Expertenforum und Praxis-Netzwerk

Das Projekt ruht auf zwei Säulen, dem „Expertenforum“ und dem „Praxis-Netzwerk“. Aufgabe des Expertenforums ist die Bündelung und Systematisierung wissenschaftlicher Forschung und praktischer Erkenntnisse zur sozialräumlichen Integration von Zuwanderern mit dem Ziel, solche Bedingungen und Zusammenhänge zu benennen, die die sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Deutschland fördern bzw. hindern.

Im Lauf des Jahres 2004 treffen sich die Experten mehrfach zu Arbeits-sitzungen. Neben Begehungen unterschiedlicher Quartierstypen mit variierender Zusammensetzung der Bewohnerschaft, bei denen Diskussionen vor Ort stattfinden, z. B. in Hamburg und Frankfurt a. M., bilden Gespräche mit Fachleuten aus dem europäischen Ausland wichtige Arbeitsinstrumente. Unterstützt werden die Experten in ihrer Arbeit ferner durch Gutachten und Expertisen zu Fragestellungen wie:

- Welche Auswirkungen haben unterschiedliche Quartierslagen und -typen auf den Integrationsverlauf von Migranten?

ImmoCom 2004 Berlin 13. und 14. September



Dr. Axel Viehweger
Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften

„Auf Dauer sind Wohnungsunternehmen nur marktfähig, wenn sie die jeweils fortgeschrittensten Organisations- und Kommunikationsinstrumente beherrschen. Die ImmoCom sichert die Vermittlung der modernsten wohnungswirtschaftlich relevanten Hard- und Software und das auf höchstem Niveau. Mit ihren Erfahrungen tragen die sächsischen Wohnungsgenossenschaften zum Gelingen der ImmoCom 2004 bei.“

- Welche Belegungsstrategien in Bezug auf Migranten verfolgen Wohnungsunternehmen? Was lehren Erfahrungen mit partizipativen Ansätzen?
- Was unterscheidet Handlungsansätze von Kommunen und Wohnungsunternehmen in Klein- und Mittelstädten von denen in Ballungszentren?
- Welche Bedeutung haben öffentliche Räume in marginalisierten Stadtteilen?
- Welche strukturellen Merkmale im biografischen Verlauf sind für das Gelingen bzw. Scheitern der Integration feststellbar?
- Nach welchen Mustern und mit welchen Folgen verläuft die soziale Segregation innerhalb einer ethnischen Gruppe?

Die Empfehlungen des Expertenforums und die Ergebnisse der Gutachten und Untersuchungen werden im Januar/Februar 2005 auf einem Kongress der Öffentlichkeit vorgestellt und publiziert.

Das Praxis-Netzwerk aus acht großstädtischen Kommunen flankiert die Arbeit des Expertenforums und reicht über sie hinaus. Mitwirkende Städte sind:

- Berlin-Mitte
- Essen
- Frankfurt a. M.
- Hamburg
- Hannover
- Mannheim
- München
- Nürnberg

Aufgabe des Praxis-Netzwerks aus Kommunen und Wohnungswirtschaft ist es, die Ergebnisse des Expertenforums auf die jeweils lokalen Zusammenhänge zu übertragen und umzusetzen, um dadurch die kommunale und wohnungswirtschaftliche Praxis der sozialräumlichen Integration von Zuwanderern weiterzuentwickeln. Die Forschungsinstitute im Verbundvorhaben, difu und InWIS, führen in den betreffenden Städten bis August 2004 eine Bestandsaufnahme zur kommunalen und wohnungswirtschaftlichen Praxis der sozialräumlichen Integration von Zuwanderern durch: Die Verteilung der Zuwanderer über die Stadt, Wohnstandorte und -bedingungen, infrastrukturelle Ausstattungen, aber auch Daten und Fakten zur Politik und Praxis von Wohnungsunternehmen und Kommunalverwaltungen werden erhoben. Die Bestandsaufnahmen ergänzen ebenfalls den Materialfundus des

Expertenforums, ohne dass dieses jedoch seine Empfehlungen speziell auf die acht Kommunen im Praxis-Netzwerk zuschneiden würde. Die Handlungsorientierungen des Expertenforums werden praxisorientiert, aber nicht modellhaft ausfallen, so dass prinzipiell alle Unternehmen und Kommunen von ihrer Anwendung profitieren können.

Bei der Entwicklung einer neuen unternehmerischen und kommunalen Praxis werden die Kommunen des Praxis-Netzwerks bis August 2006 im Sinne des Action-Research-Konzepts von difu und InWIS begleitet und unterstützt. Im letzten Halbjahr der Projektlaufzeit fertigen die Forschungsinstitute eine weitere Bestandsaufnahme an, die die Fortschritte in den mitwirkenden Kommunen und Unternehmen des Praxis-Netzwerks dokumentiert. Ergebnisse des Gesamtprojekts und Erfahrungen aus den Städten und Wohnungsunternehmen des Praxis-Netzwerks werden Mitte 2006 auf einem Kongress vorgestellt und ebenfalls publiziert. Eine Evaluation der praktischen Entwicklungen soll drei Jahre später Nutzen und Erfolg des Projekts ermitteln.

*Dr. Kirsten Krüger-Conrad
Projektgeschäftsstelle „Zuwanderer in der Stadt“, Schader-Stiftung*

- 1 Die PISA-Studie ist als Buch erschienen, aber auch im Internet abzurufen, unter: [http://www.pisa.oecd.org/Docs/Download/PISA2001\(deutsch\).pdf](http://www.pisa.oecd.org/Docs/Download/PISA2001(deutsch).pdf). Über Folgeauswertungen der PISA-Studie, z. B. die Ländervergleiche, informiert das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung unter <http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa>
- 2 Überforderte Nachbarschaften. Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und den neuen Bundesländern. GdW Schriften 48 aus der Reihe GdW Schriften des GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. Köln und Berlin 1998
- 3 Unter dem URL <http://www.bmi.bund.de/> gelangt man unter dem Schwerpunkt „Zuwanderung“ unter Daten und Fakten zum Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ wie auch zu den Gutachten, die als Downloads zur Verfügung stehen
- 4 Auch dies ein Ergebnis oben erwähnter PISA-Studie; vgl. darin „Kap. 6 Familiärer Hintergrund und Schülerleistungen. Geburtsort und im Elternhaus gesprochene Sprache“. Differenzierter und detaillierter informiert darüber Baumert, Jürgen/Artelt, Cordula/Klieme, Eckhard/Neubrand, Michael/Prenzel, Manfred/Schiefele, Ulrich/Schneider, Wolfgang/Tillmann, Klaus-Jürgen/Weiß, Manfred (Hg.): PISA 2000 – Ein differenzierter Blick auf die Länder der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 2003. Die Zusammenfassung zentraler Befunde ist abzurufen unter: http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/PISA-E_Ver tief_Zusammenfassung.pdf

Dem Expertenforum gehören an:

- Prof. Barbara John, ehem. Ausländerbeauftragte, Berlin
- Aydan Özoguz MdHB, Fachsprecherin: Migration, SPD-Fraktion Hamburgische Bürgerschaft
- Prof. em. Dr. Erika Spiegel, Stadtsoziologin, Heidelberg
- Prof. Dr. Walter Siebel, Stadtsoziologe, Univ. Oldenburg
- Willi Hoppenstedt, Vorstand der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft Hamburg
- Bernhard Spiller, Ltd. Geschäftsführer der Nassauischen Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt
- Manfred Krause, Vorstand des Spar- und Bauvereins Solingen eG
- Hans-Joachim Schlößl, Leiter des Amts für Wohnen und Stadterneuerung, Nürnberg
- Dierk Hausmann, Fachbereichsleiter im Amt für kommunale Gesamtentwicklung und Stadtplanung, Frankfurt
- Gerd-Reiner Voss, Leiter des Amts für Wohnungswesen, Hagen

- 5 Siebel, Walter: Migration und Stadtentwicklung. In: vhw FW9, 9/2000, S. 330. Das Leistungspotenzial der Städte wird insbesondere in künftiger Perspektive durchaus auch kritisch eingeschätzt, so konstatiert Stefan Luft: „Die großen Städte werden in Zukunft ihre geschichtliche Rolle als ‚gigantische Integrationsmaschinen‘, wie sie noch von Häußermann/Oswald bezeichnet wurden, nur mehr eingeschränkt übernehmen können. Bei wachsenden sozialen Problemen und einer sinkenden Aufnahmekapazität des Arbeitsmarktes spricht vieles dafür, dass sich die Konflikte in den Städten verschärfen werden. Gleichzeitig verlieren die Städte an politischer und ökonomischer Kraft, sie können die Konflikte nicht mehr eingrenzen oder gar zurückdrängen.“ In: Luft, Stefan: Die Dynamik der Desintegration. Erwartungen an die Migranten. In: Bauwelt 12/2003, S. 38
- 6 Zur Prognose vgl. z. B. Münz, Rainer/Ulrich, Ralf: Das zukünftige Wachstum der ausländischen Bevölkerung in Deutschland. Demographische Prognosen bis 2030. Berlin 1997 oder Hradil, Stefan: wohnwandel – Strukturwandel. In: Schader-Stiftung (Hg.): wohnwandel. Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens. Darmstadt 2001, S. 14
- 7 Gutachten i. A. der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ „Die zukünftige Bevölkerungsstruktur Deutschlands nach Staatsangehörigkeit, Geburtsort und ethnischer Herkunft: Modellrechnung bis 2050“ von Dr. Ralf E. Ulrich, Erdion GmbH, Berlin/Windhook 2001
- 8 Analysen und Prognosen zum Wanderungsverhalten sowie zur v. a. räumlichen Integration von Zuwanderern sind auf aktuellem Stand zusammengefasst in: BBR (Hg.): Informationen zur Raumentwicklung. Heft 8/2002. Internationale Wanderungen und räumliche Integration. Bonn
- 9 Zum Folgenden vgl. v. a. Hanhörster, Heike: Integration von Migrantinnen und Migranten im Wohnbereich. ILS 180. Dortmund 2001
- 10 Zum Folgenden vgl. Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter: Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin, Oldenburg 2001
- 11 Ein aufmittelndes Bild von Parallelgesellschaften zeichnet der Beitrag „Die Rückseite der Republik“. In: Der Spiegel 10/2002, S. 36-56
- 12 Ausführlich nachzulesen sind Argumentationsgänge und Diskussionsverlauf in: Pristl, Thomas: Stadt Zuwanderung Wohnen. Strategiebausteine für eine integrative Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik. Uni-

versität Gesamthochschule Kassel 2001, bes. S. 75-97

- 13 Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter: Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin, Oldenburg 2001, S. 51
- 14 Häußermann und Siebel charakterisieren den Strukturwandel mit Veränderungen auf folgenden Ebenen: Ausdifferenzierung von Lebensstilen und Haushaltstypen, wachsende soziale Ungleichheit durch Einkommensdifferenzierung und zunehmende kulturelle Differenzen in der Folge von Zuwanderung. In einer erweiterten Sicht können die drei Bereiche auch als Wandel der Lebensformen und Lebensstile, Wandel der Arbeitswelt – dieser umfasst neben Einkommensdifferenzierungen auch ein neues Verständnis von Zeit, Ort und Mobilität – und demographischer Wandel – welcher neben der Zuwanderung auch den Faktor der Alterung sowie schrumpfende Bevölkerungszahlen beinhaltet – beschrieben werden; vgl. dazu Schader-Stiftung (Hg.): wohnwandel. Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens. Darmstadt 2001
- 15 Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter: Soziale Integration und ethnische Schichtung. Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration. Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin, Oldenburg 2001, S. 81-82
- 16 Vgl. z. B. Bukow, Wolf-Dietrich/Nikodem, Claudia/Schulze, Erika/Yildiz, Erol: Die multikulturelle Stadt. Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag Opladen 2001, oder Welz, Gisela: Ethnische Vielfalt statt Ghetto. Anregungen für Stadt- und Regionalplaner. In: Stadtentwicklung durch Zuwanderung. Integration von Migration. Dokumentation der Jahrestagung 2002 in Frankfurt. Hg. i. A. des Präsidiums vom Wissenschaftlichen Sekretär der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung Julian Wökel. Wuppertal 2003. S. 73-93
- 17 Bislang sieht sich die Wohnungswirtschaft besonders in den so gen. „Problemquartieren“ einseitig belastet, da sie als unfreiwilliger „Verwalter der ungelösten Sozialstaatsprobleme deren Ursachen nicht bekämpfen“ kann, jedoch die Auswirkungen zu bewältigen hat. Zit. n.: Überforderte Nachbarschaften. Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und den neuen Bundesländern. GdW Schriften 48 aus der Reihe GdW Schriften des GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V. Köln und Berlin 1998, S. 24